

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

**A-Post Plus**  
Bundeskanzlei  
Herr Bundeskanzler  
Walter Thurnherr  
Bundeshaus West  
3003 Bern

6. September 2023

### **Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung); Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,



Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen dafür und nimmt die Gelegenheit gerne wahr.

Der Regierungsrat ist mit den von der Bundeskanzlei vorgeschlagenen Bestimmungen zur Nutzung sozialer Medien, zum Betreiben interaktiver Profile und zur Moderation interaktiver Profile einverstanden. Sie entsprechen den Erfahrungen und der Praxis der seit über zehn vom Kanton Aargau betriebenen Social-Media-Aktivitäten. Beim Art. 23c, Moderation interaktiver Profile, spricht sich der Regierungsrat für die Variante 1 aus, weil das Identifizieren von Nutzerinnen- und Nutzer-Beiträgen mit Werbung sowie von maschinell erzeugten Beiträgen (Künstliche Intelligenz [KI]) fallweise erhebliche Schwierigkeiten bieten dürfte.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Jean-Pierre Gallati  
Landammann



Joana Filippi  
Staatsschreiberin

z.K. an

- recht@bk.admin.ch



## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

---

Per E-Mail an  
recht@bk.admin.ch

Appenzell, 28. September 2023

### **Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) bezüglich der Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und nimmt wie folgt Stellung:

#### *Art. 23a Abs. 1 lit. b*

Der Begriff Profile, welcher für eigene Auftritte von Verwaltungseinheiten in den sozialen Medien verwendet wird, wird nicht konsistent verwendet. In Art. 23a Abs. 1 lit. b ist beispielsweise von Benutzerkontos, statt von Profilen oder eigenen Auftritten die Rede.

#### *Art. 23a Abs. 2*

Für die Gesellschaft ist es zentral, dass Informationen auch über Kanäle verfügbar gemacht werden, die von den Verwaltungseinheiten selbst kontrolliert werden.

#### *Art. 23a Abs. 3*

Die Definition von sozialen Medien, im Sinne von elektronischen Plattformen, deren Hauptzweck darin besteht, Inhalte für Nutzerinnen und Nutzer bereitzustellen, greift zu kurz. Viele Plattformen sammeln zahlreiche Informationen über das Nutzungsverhalten und persönliche Vorlieben der Nutzerinnen und Nutzer. Die Interessen der Werbekunden stehen im Fokus der Geschäftsmodelle von sozialen Medien.

Der Nebensatz «deren Hauptzweck darin besteht» sollte durch «die es ermöglichen» oder einer ähnlichen Formulierung ersetzt werden.

#### *Art. 23c Abs. 1 lit. a, Variante 2*

Die Variante 2 in Art. 23c Abs. 1 lit. a ist mit der Formulierung «maschinell erzeugt wurde» sehr restriktiv. Mit einer KI-gestützten Schreibassistenten können durchaus auch Beiträge mit Mehrwert erzeugt werden. Zielgerichteter wäre eine Formulierung, die sich auf Beiträge bezieht, die von Bots «automatisiert» erstellt wurden.

Im Sinne eines einheitlichen Auftretens aller staatlichen Behörden wäre es begrüßenswert, wenn das noch auszuarbeitende Merkblatt zur Moderation der Beiträge von Nutzerinnen und Nutzern sowie die Netiquette den Kantonen zur Verfügung gestellt werden. Diese Hilfsmittel können von den weiteren Behörden bei Bedarf eingeführt werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

*Zur Kenntnis an:*

- Ratskanzlei Appenzell I.Rh., Kommunikationsstelle, Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Per E-Mail (Im PDF- und im Word-Format):  
Bundeskanzlei, recht@bk.admin.ch

RRB Nr.: 999/2023  
Direktion: Staatskanzlei  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

13. September 2023

## **Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung). Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum titelerwähnten Geschäft.

### **1. Einleitende Bemerkungen**

Aus der in die Vernehmlassung geschickten Verordnungsänderung ergeben sich keine direkten Auswirkungen auf die Kantone. Gleichwohl ist der Kanton Bern indirekt von der vorliegenden Thematik betroffen, da er aufgrund seiner eigenen Informations- und Kommunikationstätigkeit in den sozialen Medien ebenfalls Regeln für die Moderation der Kommentare der Nutzerinnen und Nutzer kennt, diese regelmässig prüft und bei Bedarf anpasst. Die entsprechende Netiquette ist öffentlich einsehbar ([www.be.ch/netiquette](http://www.be.ch/netiquette)) und hat sich bewährt. Daher begrüsst der Kanton Bern das Bestreben der Bundeskanzlei nach einheitlichen und möglichst sachgerechten Regeln für die Nutzung sozialer Medien.

Aufgrund dessen und der langjährigen Erfahrungen mit den sozialen Medien erlaubt sich der Regierungsrat des Kanton Bern die folgenden Anregungen zur Verordnungsänderung.

### **2. Stellungnahme zur Unterdrückung von Beiträgen (Artikel 23c Absatz 1)**

Der Buchstabe a des Artikels 23c Absatz 1 listet die Kriterien auf, nach denen Beiträge unterdrückt werden können. Mehrere wichtige Kriterien fehlen aus Sicht des Kantons Bern in dieser Aufzählung. So sollte auch die Unterdrückung von beleidigenden, anstössigen, obszönen sowie Dritte herabsetzenden Beiträgen erlaubt sein. Weiter sollen Beiträge unterdrückt werden können, wenn sie gegen geltendes Recht verstossen. Dies ist insbesondere bei Verletzungen des



Urheberrechts sowie bei der Veröffentlichung von schützenswerten Personendaten Dritter sowie der Nutzerin oder des Nutzers denkbar. Der Kanton Bern regt an, auch solche Beiträge in die Verordnung aufzunehmen.

Weiter können gemäss Artikel 23c Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 3 Beiträge unter anderem dann unterdrückt werden, wenn es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie diskriminierende Inhalte enthalten. Unseres Erachtens betrifft dies auch diskriminierende Inhalte aufgrund des Geschlechts, welche die Würde von Frauen oder Männern beeinträchtigen. Es kann dabei angelehnt werden an die Umschreibung von sexistischem Verhalten in Artikel 4 des Gleichstellungsgesetzes, wonach als diskriminierend jedes (andere) Verhalten aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit gilt, was die Würde von Frauen und Männern beeinträchtigt.

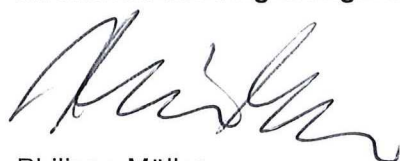
Hinsichtlich der Unterdrückung von Werbebeiträgen (Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 5) werden zwei Varianten vorgeschlagen: eine, die ausschliesslich kommerzielle Werbung verbietet und politische Werbung erlaubt (Variante 1) und eine, die jegliche Werbung verbietet, insbesondere auch politische Werbung (Variante 2).

Der Kanton Bern favorisiert grundsätzlich Variante 2. Zwingende Voraussetzung ist jedoch eine vertiefte Auseinandersetzung mit den betroffenen Grundrechten (Meinungsäusserungs- und Wirtschaftsfreiheit), insbesondere hinsichtlich der politischen Werbung. Nach welchen Kriterien wird zwischen reinen politischen Meinungsäusserungen und unerwünschter, politischer Werbung unterschieden? Die Kriterien für die Unterdrückung politischer Äusserungen oder Botchaften müssen so klar wie möglich definiert werden, um eine sachgerechte Praxis zu ermöglichen, ohne dass es zu unzulässigen Grundrechtseingriffen kommt.

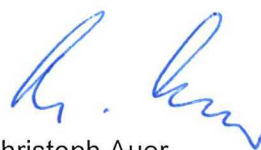
Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**



Philippe Müller  
Regierungspräsident



Christoph Auer  
Staatsschreiber

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Sicherheitsdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Bundeskanzler Walter Thurnherr  
recht@bk.admin.ch

Liestal, 26. September 2023

### **Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung)**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst die vorliegende Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung. Eine möglichst breite und uneingeschränkte Kommunikation ist ebenso essenziell, wie die interaktiven Mittel, die den Informationsempfängern zur Verfügung stehen, wie etwa durch das Kommentieren der veröffentlichten Beiträge.

Die in Artikel 23c Absatz 1 aufgeführten Gründe, welche eine Sperrung oder Löschung einzelner Kommentare ermöglicht, können wir mit Ausübung der erwähnten Rücksichtnahme auf die freie Meinungsäusserung unterstützen. In den beiden aufgeführten Varianten gilt es aus unserer Sicht die Variante 2 zu bevorzugen, da diese ebenfalls computergenerierte Beiträge verhindert.

Die weiterhin in Absatz 2 erwähnte automatisierte Filterung gilt es unserer Ansicht nach nur dann einzusetzen, wenn eine manuelle Filterung nicht mehr zu verantworten ist oder die dafür vorgesehene Arbeitszeit nicht ausreichend ist.

Absatz 3 sieht zurecht vor, Nutzerinnen und Nutzer bei schwerwiegenden Fällen für eine Dauer von bis zu zwei Jahren an der Interaktion auf vom Bund veröffentlichte Beiträge auszuschliessen. In diesen Fällen ist insbesondere auch noch auf die Anzeigepflicht hinzuweisen, derer die Bundesangestellten nach Artikel 22a des Bundespersonalgesetzes unterstehen.

Freundliche Grüsse



Monica Gschwind  
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

## **PAR COURRIEL**

Chancellerie fédérale  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

Courriel : [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)

*Fribourg, le 12 septembre 2023*

2023-800

### **Modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale)**

Monsieur le Chancelier de la Confédération,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance avec attention du projet de modification (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale) de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration.

Après examen, il vous informe n'avoir pas de remarques particulières à formuler sur votre projet de modification d'ordonnance.

Il note toutefois que le canton de Fribourg applique les mêmes principes d'accès à l'information pour tous et gère les comptes officiels « Etat de Fribourg – Staat Freiburg » sur les réseaux sociaux grâce à un outil de centralisation de ses comptes. Une charte de comportement pour les utilisateurs est dispensée sur ses pages et les commentaires qui n'y répondent pas sont supprimés.

Un guide pratique d'utilisation des médias sociaux, à usage interne, a été édité par notre canton sur la base de la stratégie adoptée par le Conseil d'Etat le 19 décembre 2012. Le guide a été révisé cette année (2023).

Nous vous prions de croire, Monsieur le Chancelier de la Confédération, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Didier Castella, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

**Copie**

—

à la Chancellerie d'Etat.

E-Mail an:  
recht@bk.admin.ch

Glarus, 28. September 2023  
Unsere Ref: 2023-265

**Vernehmlassung zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung)**

Hochgeachteter Herr Bundeskanzler  
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen mit, dass die Stossrichtung der Vorlage von uns begrüsst wird. Hinsichtlich der Regelung der Moderation der Profile in Artikel 23c bevorzugen wir die Variante 1.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Damen und Herren den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



Arpad Baranyi  
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):  
- recht@bk.admin.ch





Sitzung vom

19. September 2023

Mitgeteilt den

20. September 2023

Protokoll Nr.

768/2023

Bundeskanzlei  
Gurtenstrasse 5  
3011 Bern

BK		
+	21. Sep. 2023	+
Eing.-Nr.		

Per E-Mail an: [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch) (PDF- und Wordversion)

**Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens  
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie uns die Möglichkeit gegeben, zu oberwähnter Vorlage Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die Regierung hat keine Bemerkungen zu der vorgeschlagenen Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV; SR 172.010.1), weshalb wir auf eine Stellungnahme verzichten.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Chancellerie fédérale  
Palais fédéral ouest  
3003 BerneHôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémontt +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 26 septembre 2023

BK		
+	09. Okt. 2023	+
Eing.-Nr.		

**Modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale)**

Monsieur le Chancelier,

Le Gouvernement jurassien a pris connaissance de votre courrier du 16 juin dernier qui a retenu toute son attention et vous remercie de le consulter au sujet de l'ordonnance mentionnée en titre.

En préambule, la question de la publication d'informations issues des services de l'Etat sur les réseaux sociaux ainsi que la modération des contenus est une problématique qui touche l'ensemble des pouvoirs publics. Le Gouvernement jurassien se réjouit donc que la Chancellerie fédérale se soit penchée sur cette question de manière approfondie. Pour votre information, il envisage de se baser sur votre ordonnance pour régler sa propre activité sur les réseaux sociaux.

Vous l'aurez compris, le Gouvernement jurassien soutient le projet soumis en consultation qui assure la liberté d'expression tout en permettant aux autorités de réagir en cas de propos ou de commentaires problématiques. La liste des motifs de suppression des commentaires proposée dans le projet d'ordonnance paraît tout à fait pertinente.

En ce qui concerne l'article 23c, le Gouvernement jurassien est favorable à la variante 2. En effet, les commentaires automatiques sont un problème récurrent qui pollue aussi bien les publications officielles que les discussions qui en découlent. Ils doivent donc pouvoir être supprimés. Dans le même sens, il semblerait judicieux d'amener une modification à la lettre b du même article. Les contributions réitérées sont un problème même si elles ne sont pas hors-sujet de même que celles qui sont manifestement hors-sujet et qui ne sont pas réitérées. Il est donc proposé de remplacer le « et » de la formulation par un « ou ».

En vous remerciant une fois encore de l'avoir consulté le Gouvernement vous prie d'agréer, Monsieur le Chancelier, l'expression de sa considération distinguée.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA  
Jacques Gerber  
Président  
Jean-Baptiste Maître  
Chancelier d'Etat



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

BK		
+	25. Sep. 2023	+
Eing.-Nr.		

Chancellerie fédérale  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

*Par courrier électronique*

### **Modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale)**

Monsieur le chancelier de la Confédération,

Nous avons pris connaissance de la consultation de la Chancellerie fédérale relative à la modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration concernant l'utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale.

Les médias sociaux évoluant très rapidement, leur utilisation doit en effet constamment s'adapter, voire se réinventer. La garantie d'une uniformité des processus de modération par le biais d'une base légale semble ainsi essentielle. D'ailleurs, ce sont aussi des réflexions menées au sein de l'administration cantonale neuchâteloise afin de permettre une gestion efficiente, tout en assurant une liberté d'opinion et les missions d'information qui nous incombent. La démarche est donc intéressante et pourra probablement inspirer bon nombre de cantons dans la mise en œuvre de leurs futures stratégies.

Cependant, vu que la modification de l'ordonnance n'aura aucune conséquence pour les cantons, notre Conseil n'a pas de remarques particulières à formuler.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le chancelier de la Confédération, à l'expression de notre considération distinguée.

Neuchâtel, le 20 septembre 2023



Au nom du Conseil d'État :

Le président,  
A. RIBAUX

La chancelière,  
S. DESPLAND

NE



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHÂTEL

**CHANCELLERIE D'ÉTAT**  
SERVICE DE LA CHANCELLERIE

Chancellerie fédérale  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

**AVEC NOS COMPLIMENTS**





KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

## A-POST

Bundeskanzlei  
Bundeskanzler Walter Thurnherr  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
staatskanzlei@nw.ch  
Stans, 19. September 2023

### Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

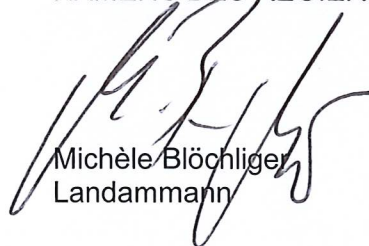
Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung) eine Stellungnahme abzugeben. Wir danken herzlich dafür und nehmen gerne wie folgt Stellung.

Mit den neuen Bestimmungen wird eine einheitliche und sachgerechte Praxis der Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung bei der Moderation auf ihren Profilen in den sozialen Medien gewährleistet. Da eine Moderation die Meinungsäusserungs- und die Informationsfreiheit gemäss Art. 16 BV einschränken kann, wird richtigerweise eine rechtliche Grundlage geschaffen.

Der Einsatz von sozialen Medien durch die Verwaltungseinheiten, um Informationen bereitzustellen und für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu nutzen, ist zu begrüßen. Die vorgesehenen Regelungen erscheinen umfassend und sachgerecht. Wesentlich ist aber auch die Auflage, dass diese Informationen auch auf anderen, frei zugänglichen Kanälen verfügbar sein müssen. Zu den einzelnen Artikeln haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und spricht sich für die Änderungen aus.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Michèle Blöchli  
Landammann



lic. iur. Armin Eberli  
Landschreiber





CH-6061 Sarnen, Postfach, Staatskanzlei

**Per E-Mail an:**

Schweizerische Bundeskanzlei

recht@bk.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: 2023-0356  
Unser Zeichen: ero

Sarnen, 7. August 2023

**Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung); Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, *geschätzte Damen*  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum oben aufgeführten Geschäft zukommen lassen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Soziale Medien sind Kommunikations-Kanäle, die nicht nur die Information der Bevölkerung, sondern auch ihre Partizipation an der Meinungsbildung und am demokratischen Prozess befördern können. Sie bieten Kommentar-, Dialog- und Interaktionsmöglichkeiten. Dass die Departemente und Bundeskanzlei im Umgang mit sozialen Medien und ihren Interaktionsmöglichkeiten eine verbindliche Grundlage insbesondere zur Moderation brauchen, ist nachvollziehbar. Nur so kann eine einheitliche und sachgerechte Praxis gewährleistet werden.

Das Grundrecht der Meinungs- und Informationsfreiheit muss gewährleistet sein. Einschränkungen von Grundrechten müssen durch ein öffentliches Interesse oder durch den Schutz von Grundrechten Dritter gerechtfertigt (Art. 36 Abs. 2 der Bundesverfassung [BV; SR 101]) und verhältnismässig (Art. 36. Abs. 4 BV) sein. Dies ist mit den vorgesehenen Vorgaben für die Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung zum Auftritt der Verwaltungseinheiten gegeben. Die Fälle, in denen die Verwaltungseinheiten Beiträge von Nutzerinnen und Nutzen auf ihren Profilen unterdrücken und gegebenenfalls Nutzerinnen und Nutzer auf ihren Profilen blockieren können, sind in Art. 23c Abs. 1 RVOV abschliessend geregelt.

Von Absatz 2 desselben Artikels allerdings ist mit Blick auf die Meinungsäusserungsfreiheit nur mit grösster Zurückhaltung Gebrauch zu machen. Automatisierte Filter sollen nur in Verbindung mit den in Absatz 1 genannten, sehr zurückhaltend und in begründeten Fällen eingesetzt werden.

Ergänzend dazu wird in Art. 23c RVOV die Variante 2 unterstützt.

Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir keine weiteren abweichenden Anträge.

Freundliche Grüsse

Staatskanzlei

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a final horizontal stroke.

Nicole Frunz Wallimann  
Landschreiberin

**Von:** [Scheffler Jan SK-RELEG](#)  
**An:** [BK-Recht](#)  
**Cc:** [Wiesli Sibylle SK-RELEG](#); [Seitz Janina SK-RELEG](#); [van Spyk Benedikt RR-SK](#); [Hamburger Katharina SK-KAB](#); [Hauser Sarah SK-KAB](#)  
**Betreff:** Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung); Verzicht auf Stellungnahme Kanton St.Gallen  
**Datum:** Dienstag, 20. Juni 2023 13:26:28

---

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 lädt die Bundeskanzlei die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung in genannter Sache ein. Gern teile ich Ihnen mit, dass die Regierung des Kantons St.Gallen auf eine Stellungnahme verzichtet, da die Zuständigkeiten des Kantons nicht betroffen sind.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Jan Scheffler

Dr. Jan Scheffler  
Vizestaatssekretär

[T +41 58 229 26 02](tel:+41582292602)  
[jan.scheffler@sg.ch](mailto:jan.scheffler@sg.ch)  
[www.sg.ch](http://www.sg.ch)

Kanton St.Gallen  
Staatskanzlei  
Recht und Legistik  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen



Kanton Schaffhausen  
Staatskanzlei

Beckenstube 7  
CH-8200 Schaffhausen

www.sh.ch

T +41 52 632 71 11

F +41 52 632 72 00

staatskanzlei@sh.ch



Staatskanzlei

Bundeskanzlei BK

E-Mail: [recht.bk.admin.ch](mailto:recht.bk.admin.ch)

Schaffhausen, 15. September 2023

## **Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung): Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 haben Sie uns den Entwurf der Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung bezüglich der Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und übermitteln gerne folgende Rückmeldung:

Wir sind mit der Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Moderation der Kommentare der Nutzerinnen und Nutzer durch die zuständigen Verwaltungseinheiten in den Profilen der Bundesverwaltung in den sozialen Medien einverstanden.

Bei der Anpassung der Ziffer 5 des Artikels 23c des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes bevorzugen wir die Variante 2, die auch politische Werbung für eine Partei, für oder gegen eine Abstimmungsvorlage oder für weltanschaulich definierte Gruppierungen verbietet. Wichtig scheint uns, dass individuelle Beiträge, die sich beispielsweise für oder gegen eine Abstimmungsvorlage aussprechen, erlaubt bleiben.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse  
Staatskanzlei Schaffhausen  
Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
so.ch

BK		
+	20. Sep. 2023	+
Eing.-Nr.		

Per E-Mail [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)  
Schweizerische Bundeskanzlei  
Sektion Recht  
Bundeshaus West  
3003 Bern

19. September 2023

**Stellungnahme: Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung  
(Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung)**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Sie haben uns mit Schreiben vom 16. Juni 2023 um eine Stellungnahme zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung) ersucht. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und äussern uns wie folgt:

Der Solothurner Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen im Umgang der Bundesverwaltung mit den sozialen Medien. Damit lässt sich die bisherige Praxis verbessern und vereinheitlichen.

Bezüglich der Regelung der Moderation interaktiver Profile (Art. 23 Ziffer 5) bevorzugen wir die Variante 2. Wir erachten ein umfassenderes Werbeverbot im Rahmen der Nutzung von Social-Media-Plattformen durch die öffentliche Hand als angezeigt und auch bezüglich des Grundrechtsschutzes (Meinungs- und Informationsfreiheit) als verhältnismässig.

Wir sind uns bewusst, dass die Bundesverwaltung nicht mehr nur auf die klassische Öffentlichkeitsarbeit abstellen kann, um die breite Bevölkerung zu erreichen. Mit der Informationstätigkeit in den sozialen Medien werden Teile der Bevölkerung erreicht, die sich kaum auf anderen Kanälen mit nationalen Nachrichten versorgen. Mit der Ausweitung der Kommunikation auf zusätzliche Social-Media-Plattformen wird ein wichtiger Raum der politischen Auseinandersetzung betreten, in dem allerdings auch viel Desinformation kursiert. Mit ihrer Präsenz in den sozialen Medien kann die Bundesverwaltung einen Beitrag zur Eindämmung von Desinformationen leisten und zur Versachlichung der Debatte beitragen. Die Kommunikation in den sozialen Medien trägt dazu bei, dass weitere Teile der Bevölkerung Informationen erhalten, die einer direkten Demokratie zuträglich sind und dass die politische Auseinandersetzung faktenorientiert bleibt.



Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

  
Brigit Wyss  
Frau Landammann

  
Andreas Eng  
Staatsschreiber

## Il Consiglio di Stato

Spettabile  
Cancelleria federale  
Palazzo federale  
3000 Berna

*recht@bk.admin.ch*

*Copie in Word e pdf*

### **Modifica dell'ordinanza sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (Uso dei media sociali da parte dell'Amministrazione federale) – Procedura di consultazione**

Gentile signor Cancelliere della Confederazione,


Io scrivente Consiglio ha preso atto della procedura di consultazione inerente alla modifica dell'ordinanza sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (Uso dei media sociali da parte dell'Amministrazione federale) e la ringrazia per averci dato l'opportunità di esprimerci in merito.

Con la presente, le comunichiamo di non avere particolari osservazioni e di approvare la modifica dell'ordinanza così come proposta.

Voglia gradire, signor Cancelliere della Confederazione, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente  
  
Raffaele De Rosa

Il Cancelliere  
  
Arnaldo Coduri

#### Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Servizio dell'informazione e della comunicazione del Consiglio di Stato (sic@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Herr Bundeskanzler  
Walter Thurnherr  
Schweizerische Bundeskanzlei  
3003 Bern

### **Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung); Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Mit Schreiben vom 16. Juni 2023 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV; SR 172.010.1) ein. Dabei geht es vor allem um die Regelung der Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung.

Wir teilen die Stossrichtung des vorgelegten Erlasses. Insbesondere sollen die Social-Media-Auftritte als Ergänzung zum Informationsangebot einer Verwaltungseinheit dienen.

Wir begrüssen es, dass die Spielregeln auf den einzelnen Plattformen im Rahmen einer «Netiquette» für das Publikum verständlich definiert werden. Social-Media-Auftritte sind ein Mittel zur Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern. Dank der «Netiquette» erhalten die Betreiberinnen und Betreiber dieser Auftritte geeignete Richtlinien, um die erforderlichen Aktionen (Moderation, Sperrung, Löschung) in geeigneter Form vorzunehmen.

Zu Artikel 3c Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 5 befürworten wir die Formulierung «Kommerzielle Werbung» anstelle von «Werbung» (Variante 1). Somit wird kommerzielle Werbung auf den Profilen der Verwaltungseinheiten untersagt. Unter kommerzieller Werbung werden in Anlehnung an Artikel 2 Buchstabe k des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40) Beiträge verstanden, die die Förderung des Abschlusses von Rechtsgeschäften über Waren oder Dienstleistungen zum Zweck haben und von einer Nutzerin oder einem Nutzer zu diesem Zweck auf dem Profil einer

Verwaltungseinheit hochgeladen wurden. Politische Beiträge, die auch als Werbung für politische Anliegen verstanden werden können, sind hingegen zulässig.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und versichern Sie unserer vorzüglichen Hochachtung.

Altdorf, 12. September 2023



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

A blue ink signature consisting of a large, stylized 'H' followed by a horizontal line and a small arrow-like flourish.

Urs Janett

Der Kanzleidirektor

A blue ink signature consisting of a large, stylized 'B' followed by a horizontal line and a small flourish.

Roman Balli



Chancellerie fédérale  
Monsieur  
Walter Thurnherr  
Chancelier  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne



BK		
+	21. Sep. 2023	+
Eing.-Nr.		

Date Sion, le 20 septembre 2023

**Modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale). Réponse à la consultation**

Monsieur le chancelier,  
Mesdames et Messieurs,


Suite à votre courrier du 16 juin 2023 concernant l'utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale, le Conseil d'Etat du canton du Valais a pris connaissance du projet de modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (OLOGA; RS 172.010) mis en consultation. Après examen, il n'a pas de remarques particulières à formuler.

Le Conseil d'Etat du canton du Valais tient néanmoins à préciser qu'il a mis en place un concept de communication sur les médias sociaux de l'Etat du Valais en 2017. Celui-ci vise à renforcer et coordonner la présence des départements et services de l'administration cantonale sur les plateformes de contenus. Le concept et ses documents traitent notamment de la modération des contenus, des règles et des comportements acceptés ou non sur les plateformes, tout en se souciant du respect de la liberté d'expression des utilisatrices et des utilisateurs. Le canton du Valais veille aussi à ce que la majorité des contenus digitaux utilisés pour informer ses publics cibles soient également à disposition sur des plateformes qui permettent une utilisation sans inscription et sans algorithmes.

Le Gouvernement du canton du Valais vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Monsieur le chancelier, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

  
Christophe Darbellay



La chancelière

  
Monique Albrecht

Copie à [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)





## Schmutz Marianne BK

---

**Von:** Info Staatskanzlei <Info.Staatskanzlei@zg.ch>  
**Gesendet:** Dienstag, 20. Juni 2023 16:38  
**An:** Schmutz Marianne BK  
**Cc:** Fachstelle Kommunikation; Tobias Moser  
**Betreff:** WG: Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens  
**Anlagen:** Orientierungsschreiben an die Kantone.pdf; Orientierungsschreiben an die Organisationen.pdf

Sehr geehrte Frau Schmutz

Der Regierungsrat des Kantons Zug bedankt sich für die Möglichkeit zur Vernehmlassung betreffend Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung). Mangels Betroffenheit verzichtet er aber auf eine Stellungnahme.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse  
Salomé Arnold

Staatskanzlei des Kantons Zug  
Salomé Arnold  
Assistentin Leitung Staatskanzlei  
Bereich Regierungsrat  
Regierungsgebäude, Seestrasse 2  
Postfach, 6301 Zug  
Tel.: +41 41 728 31 05  
[salome.arnold@zg.ch](mailto:salome.arnold@zg.ch)  
[www.zg.ch](http://www.zg.ch)

---

**Von:** Marianne.Schmutz@bk.admin.ch <Marianne.Schmutz@bk.admin.ch>  
**Gesendet:** Freitag, 16. Juni 2023 15:40  
**An:** staatskanzlei@sk.zh.ch; info.regierungsrat@be.ch; staatskanzlei@lu.ch; ds.la@ur.ch; stk@sz.ch; staatskanzlei@ow.ch; staatskanzlei@nw.ch; staatskanzlei@gl.ch; Info ALLG <info@zg.ch>; chancellerie@fr.ch; kanzlei@sk.so.ch; staatskanzlei@bs.ch; LKA-RRBs@bl.ch; staatskanzlei@ktsh.ch; Kantonskanzlei@ar.ch; info@rk.ai.ch; info.sk@sg.ch; info@gr.ch; staatskanzlei@ag.ch; staatskanzlei@tg.ch; can-scdds@ti.ch; info.chancellerie@vd.ch; Chancellerie@admin.vs.ch; Secretariat.chancellerie@ne.ch; service-adm.ce@etat.ge.ch; chancellerie@jura.ch; mail@kdk.ch; info@die-mitte.ch; info@edu-schweiz.ch; info@ensemble-a-gauche-ge.ch; vernehmlassungen@evppev.ch; info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch; lorenzo.quadri@mattino.ch; pdaz@pda.ch; gs@svp.ch; franziska.tlach@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch; info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; luc.schnurrenberger@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch; verband@arbeitgeber.ch; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch; politik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch; info@ssk-cce.ch; sekretariat@sik.swiss; info@sajv.ch; info@dsj.ch; info@zdaarau.ch; info@avenir-suisse.ch; info@centrepatronal.ch; info@swiss-cyber-experts.ch; president@swisscyberstorm.com; info@egov-schweiz.ch; office@sgvw.ch; info@asut.ch; info@cluis.ch; info@egovinnovation.ch; presse@ccc-ch.ch; office@digitale-gesellschaft.ch; info@digitalswitzerland.com; sekretariat@iss.ch; info@eoperations.ch; info@ech.ch; info@fer-sr.ch; gri@gri.ch; info@grundrechte.ch; info@piratenpartei.ch; contact@isoc.ch; info@swissdataalliance.ch; info@ch-open.ch  
**Cc:** Stephan.Brunner@bk.admin.ch; Patrick.Maegli@bk.admin.ch; Marianne.Schmutz@bk.admin.ch  
**Betreff:** Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2023 die BK beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung) ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis **7. Oktober 2023**.

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse:

<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>.

Für Rückfragen und allfällige Informationen steht Ihnen Herr Patrick Mägli, Jurist im Rechtsdienst der Bundeskanzlei ([patrick.maegli@bk.admin.ch](mailto:patrick.maegli@bk.admin.ch); Tel. 058 463 13 49) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Stephan C. Brunner**

Leiter Sektion Recht

Bundeskanzlei

Sektion Recht

Bundeshaus West, 3003 Bern

Tel. +41 58 462 41 51

Fax +41 58 462 88 95

[stephan.brunner@bk.admin.ch](mailto:stephan.brunner@bk.admin.ch)

[www.bk.admin.ch](http://www.bk.admin.ch)

\*\*\*\*\*

Madame, Monsieur,

Le 16 juin 2023, le Conseil fédéral a chargé la Chancellerie fédérale de consulter les cantons, les partis politiques, les associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national, les associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national et les autres milieux intéressés sur le projet de modification de l'ordonnance du 25 novembre sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale).

Le délai imparti pour la consultation court jusqu'au **7 octobre 2023**.

Le projet et le dossier mis en consultation sont disponibles en ligne à l'adresse: Procédures de consultation en cours ([admin.ch](http://www.admin.ch)).

M. Patrick Mägli (tél. 058 463 13 49; [patrick.maegli@bk.admin.ch](mailto:patrick.maegli@bk.admin.ch)) se tient à votre disposition pour toute question ou information complémentaire.

Nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

**Stephan C. Brunner**

Chef de la section du droit

Chancellerie fédérale

Section du droit

Palais fédéral ouest, 3003 Berne

Téléphone +41 58 462 41 51  
Télécopie +41 58 462 88 95  
[stephan.brunner@bk.admin.ch](mailto:stephan.brunner@bk.admin.ch)  
[www.bk.admin.ch](http://www.bk.admin.ch)

\*\*\*\*\*

Gentili Signore e Signori,

il 16 giugno 2023 il Consiglio federale ha incaricato la Cancelleria federale di svolgere una procedura di consultazione sulla modifica dell'ordinanza sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (Uso dei media sociali da parte dell'Amministrazione federale) presso i Cantoni, i partiti politici, le associazioni mantello nazionali dei Comuni, della città e delle regioni di montagna, le associazioni mantello dell'economia e le cerchie interessate.

La procedura di consultazione dura fino al **7 ottobre 2023**.

È possibile ottenere la documentazione relativa alla consultazione al seguente indirizzo:

<http://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>.

Per domande ed eventuali informazioni rivolgersi a Patrick Mägli, giurista della Sezione del diritto della Cancelleria federale ([patrick.maegli@bk.admin.ch](mailto:patrick.maegli@bk.admin.ch); tel. 058 463 13 49).

Distinti saluti

**Stephan C. Brunner**  
Capo della Sezione del diritto

Cancelleria federale  
Sezione del diritto

Palazzo federale ovest, 3003 Berna  
Tel. +41 58 462 41 51  
Fax +41 58 462 88 95  
[stephan.brunner@bk.admin.ch](mailto:stephan.brunner@bk.admin.ch)  
[www.bk.admin.ch](http://www.bk.admin.ch)

Bern, 25. September 2023

Bundeskanzlei BK

[recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)



Vernehmlassung zur Änderung der Regierungs- und  
Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die  
Bundesverwaltung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

## 1 Allgemeine Bemerkungen

Die SP Schweiz begrüsst die vorliegende Vorlage im Grundsatz. Insbesondere den Umstand, dass mit der «Strategie soziale Medien» nun eine verstärkte und vereinheitliche Kommunikation in den sozialen Medien stattfinden soll und diese den Departementen und der Bundeskanzlei als verbindliche Grundlage für Aktivitäten in den sozialen Medien bieten soll, wird unterstützt. Somit kann die Erfüllung des Informationsauftrages des Bundesrates sowie der Bundesverwaltung gewährleistet werden und gleichzeitig sichergestellt werden, dass die Grundrechte eingehalten werden. Auch wird begrüsst, dass klar festgelegt wird, unter welchen Voraussetzungen die Nutzung sozialer Medien erlaubt ist. Unserer Ansicht nach wird mit der vorliegenden Vorlage Rücksicht auf die Meinungsäusserungsfreiheit sowie jedoch auch der Schutz vor Hass und Diskriminierung, welches seit jeher ein Kernthema der SP ist, umgesetzt.

Nachfolgend soll sodann genauer auf die Moderation (Art. 23c RVOV) eingegangen und unsere Einschätzung dazu eingebracht werden.

## 2 Kommentare zu einzelnen Punkten

### 2.1 Moderation nach Art. 23c RVOV

Die Einführung von Kategorien von unzulässigen Beiträgen der Nutzer:innen auf den Profilen der Verwaltungseinheiten sowie Massnahmen, die den Verwaltungseinheiten gegen diese Beiträge ergreifen können, werden begrüsst. Dass die Unterdrückung des Beitrags in geeigneter Form zu dokumentieren ist, erscheint nach Ansicht der SP Schweiz ebenfalls sinnvoll. Auch das hiermit eine rechtliche Grundlage geschaffen wird im Falle von Grundrechtsverletzungen wird gutgeheissen. Wichtig ist, wie auch im erläuternden Bericht (S. 10) erwähnt, dass die Massnahmen immer verhältnismässig sind und im öffentlichen Interesse liegen müssen. Diesbezüglich wird den Ausführungen, dass das öffentliche Interesse für eine Einschränkung der

Meinungsäusserungsfreiheit sehr hoch sein muss, grundsätzlich zugestimmt. Es ist jedoch nach Ansicht der SP Schweiz immer im Einzelfall zu beurteilen, ob ein öffentliches Interesse besteht. Insbesondere bei Kommentaren, welche Hass verbreiten und/oder diskriminierend sind, ist ein öffentliches Interesse regelmässig zu bejahen. Dabei sei auch festzuhalten, dass dem Staat schliesslich auch eine Schutzpflicht betreffend des Diskriminierungsverbotes zukommt.

Begrüsszt wird auch der umfassende Katalog, welche eine Unterdrückung von Kommentaren ermöglicht (Ziff. 1-6). Nachfolgend soll jedoch diesbezüglich auf einzelne Punkte eingegangen werden:

Nach Ziffer 2 sind Beiträge, die zu Hass und Gewalt aufrufen, unzulässig. Dabei wird festgehalten, dass sich der Aufruf zu Gewalt nach Art. 259 Abs. 2 StGB orientiert: Dieser Abs. wurde jedoch mit der Harmonisierung der Strafrahmen am 1. Juli 2023 aufgehoben. Dies ist somit im erläuternden Bericht zu präzisieren und auszuführen, was genau mit dem Aufruf zu Gewalt gemeint ist. Wichtig ist insbesondere, dass hierbei alle Personen(gruppen) vor Aufrufen zu Gewalt geschützt werden. Der Aufruf zu Hass hingegen wird mit Art. 261bis StGB in Verbindung gebracht. Auch dies wird von der SP Schweiz nicht beanstandet. Jedoch muss der Aufruf zu Hass weiter verstanden werden, als Art. 261bis StGB geht. Dies insbesondere deshalb, da das Strafgesetzbuch keine Handhabe zur Verfügung stellt, um Personen vor diskriminierenden Handlungen wegen ihrer Geschlechtsidentität, wegen einer Behinderung oder wegen des Alters oder des Geschlechts strafrechtlich zu schützen. Diese Gruppen sind nach Ansicht der SP Schweiz zwingend miteinzubeziehen. Es ist somit von Bedeutung, dass ein umfassender Anknüpfungspunkt gewählt wird, damit alle Personen(gruppen) vor Hass und Gewalt geschützt sind.

Nach Ziff. 3 können auch ehrverletzende, drohende, diskriminierende oder pornographische Inhalte oder Gewaltdarstellungen unterdrückt werden. Dabei wird betreffend diskriminierenden Beiträgen auf die Absätze 2 bis 5 von Artikel 261bis StGB verwiesen (S. 11 erläuternder Bericht). Unklar ist, was genau mit diesem Verweis gemeint ist, da Art. 261bis StGB keine Absätze besitzt. Weiter sei hierbei erneut auf die oben gemachten Ausführungen zum Diskriminierungsbegriff und dessen Unvollständigkeit im Strafrecht zu verweisen. Nach Ansicht der SP Schweiz ist, wie erwähnt, der Diskriminierungsbegriff ganzheitlich zu verstehen. Begrüsszt wird, dass im erläuternden Bericht sodann auch darauf hingewiesen wird, dass es auch denkbar sei, dass Beiträge anderweitig diskriminierend sind. Weiter wird auch erwähnt, dass die verwendeten Begriffe nicht vollumfängliche deckungsgleich mit denen des StGB sind (siehe erläuternder Bericht, S. 11 f.). Es ist somit auch hier essenziell, dass ein breites Verständnis von Diskriminierung angewendet wird und immer im Einzelfall überprüft wird, ob eine Diskriminierung vorliegt.

Die SP Schweiz empfiehlt somit, dass die Prüfung von diskriminierenden Beiträgen immer im Einzelfall erfolgt und sich an nachfolgender Definition orientiert: «Eine Ungleichbehandlung ist gegeben, wenn eine Person oder eine Personengruppe eine im Vergleich mit einer anderen Person oder Personengruppen schlechtere Behandlung erfährt, obwohl sie sich in derselben oder in einer vergleichbaren Situation befindet.»<sup>1</sup>.

Weiter hält Ziffer 4 fest, dass auch Beiträge, welche «zu einem Verhalten anregen, das die Gesundheit oder persönliche Sicherheit gravierend gefährdet» unterdrückt werden können. Im

---

<sup>1</sup> Definition von humanrights.ch; siehe dazu:

<https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/diskriminierung/diskriminierungsverbot-dossier/definition-diskriminierung/>.



erläuternden Bericht wird diesbezüglich ausgeführt, dass falsche Informationen unmittelbar gefährlich sein könnten, wenn sie geglaubt werden (siehe S. 12 des erläuternden Berichts). Diese Ziffer könnte somit auch dazu führen, dass Beiträge unterdrückt werden, welche falsche Informationen verbreiten. Insbesondere Beiträge, welche einen Inhalt verbreiten, der wissenschaftlich falsch ist (wie z.B. dass der Klimawandel nicht existiert oder nicht durch Menschen gemacht ist) würden nach Ansicht der SP Schweiz darunterfallen. Dies insbesondere deshalb, da hier eine Abgrenzung zwischen wahren und unwahren Informationen einfach vorzunehmen ist. Weiter ist auch zu beachten, dass den Profilen der Bundesverwaltung auf sozialen Medien grosse Glaubwürdigkeit geschenkt wird und solche Kommentare somit immer unmittelbar gefährlich sein könnten, weil sie geglaubt werden könnten. Hervorzuheben ist hierbei jedoch, dass durch diese Unterdrückung die Meinungsäusserungsfreiheit der Nutzer:innen stark eingeschränkt wird und deshalb ein Rechtsweg, welcher den Anforderungen von Artikel 29a BV genügt, offenstehen muss (wie dies auch auf S. 9 des erläuternden Bericht erläutert wird).

Ziffer 5 enthält sodann zwei Varianten. Die SP Schweiz spricht sich für Variante 1 aus. Dies insbesondere deshalb, da es sinnvoll ist, kommerzielle Werbung zu untersagen, jedoch andere Formen der Werbung teilweise angebracht sein könnten. Im erläuternden Bericht (S. 12) wird sodann erwähnt, dass politische Beiträge auch als Werbung verstanden werden könnten. Dabei ist unklar, unter welchen Voraussetzungen ein «politischer Beitrag» vorliegt. Zudem ist anzunehmen, dass viele Beiträge, welche auf den Profilen der Bundesverwaltung veröffentlicht werden, einen politischen Inhalt haben und somit auch sogenannte «politische Beiträge» in Form von Kommentaren etc. hervorrufen könnten. Es ist somit nach Ansicht der SP Schweiz sinnvoll, politische Beiträge als zulässig zu erachten.

Wir bitten Sie somit um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Jessica Gauch  
Politische Fachreferentin

Monsieur le Chancelier de la Confédération  
Walter Thurnherr  
Chancellerie fédérale  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

Par courrier électronique :  
[recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)

Paudex, le 3 juillet 2023  
FTE

**Consultation fédérale : Modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale)**

Monsieur le Chancelier de la Confédération,

Nous vous remercions d'avoir consulté notre organisation sur l'objet cité en titre, qui a retenu notre meilleure attention. Nous prenons position comme suit.

**Neutralité technologique (art. 23a, al. 3 AP-OLOGA)**

Dans le commentaire à l'art. 23a, al. 3 AP-OLOGA est faite une distinction entre les « médias sociaux » et les « réseaux de messagerie fermés ». Pour le Centre Patronal, cette distinction ne respecte pas la neutralité technologique et peut amener à une inadéquation entre la pratique (évolution technologique et des pratiques des utilisateurs) et la base légale. Un bon exemple est Whatsapp : cité dans le rapport explicatif comme exemple de messagerie fermée non soumise à l'AP-OLOGA, Whatsapp a récemment développé des canaux de discussion appelés « communauté » agissant comme média social ; Whatsapp a ainsi dépassé les limites posées par l'AP-OLOGA avant même l'adoption de l'ordonnance. Le Centre Patronal recommande une formulation technologiquement neutre de l'art. 23a, al. 3 AP-OLOGA :

<sup>3</sup> Sont réputées médias sociaux les plateformes électroniques dont le but principal est de permettre qui permettent aux utilisateurs de proposer eux-mêmes des contenus pour d'autres utilisateurs.

**Modération – incitation à la haine, violence, délit ou crime (art. 23c, al. 1, let. a, ch. 1 à 4 AP-OLOGA)**

Le Centre Patronal soutient les mesures respectivement la modération envers des messages appelant à la haine, violence, délit ou crime. Il s'agit du reste de comportements déjà punis par le Code pénal. D'autres comportements pourraient également être inclus, par exemple les incitations aux actes compromettant la sécurité intérieure ou à la violation des devoirs militaires. Afin d'éviter une liste exhaustive potentiellement obsolète, le Centre Patronal propose soit de rajouter « notamment » à la let. a (liste exemplative au lieu d'exhaustive), soit de rassembler les ch. 1 à 4 en un unique chiffre renvoyant aux dispositions du Code pénal (une explicitation des cas dans un guide serait alors bienvenu).

En outre, il ne faudrait pas que la modération mène à la censure. Il est donc important qu'un équilibre soit trouvé entre la liberté d'expression, qui doit permettre des « arguments durs » lors de débats sensibles, et la protection de la personnalité, notamment vis-à-vis de la problématique de la discrimination.

Finalement, le Centre Patronal rappelle que la modération proposée concerne des messages punissables. Une modération zélée pourrait faire disparaître des preuves nécessaires pour une procédure judiciaire ou civile. Il est important que des réflexions à ce niveau soient entreprises.

### **Modération – publicité (art. 23c, al. 1, let. a, ch. 5 ou ch. 5 et 6 AP-OLGA)**

Les plateformes des unités administratives de l'Etat ont pour but d'informer la population de manière neutre et d'assurer la discussion. La publicité pour des services ou produits commerciaux de tiers n'y a donc pas sa place. De plus, la formulation « généré automatiquement » peut être difficile à appliquer avec l'évolution technologique et de l'intelligence artificielle dont les messages – ou les discours de politiciens – sont et seront de plus en plus générés automatiquement (par ex. ChatGPT). Pour ces raisons, le Centre Patronal recommande la variante 1.

### **Guide des bonnes pratiques**

De manière générale, le Centre Patronal soutient l'adoption de lignes directrices pour la communication des différentes unités administratives. Outre la base légale proposée, il serait pertinent et nécessaire que les différents guides des bonnes pratiques des médias sociaux des domaines et unités administratives soient unifiés en un guide unique plutôt que de maintenir un paysage de nombreux et différents guides non coordonnés. Cela permettra une mise en œuvre homogène des lignes directrices en matière d'utilisation et de modération des médias sociaux.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ce qui précède et vous prions d'agréer, Monsieur le Chancelier de la Confédération, l'expression de notre haute considération.

Centre Patronal



Fabrice Tedeschi

Bundeskanzlei BK  
Herr Walter Thurnherr  
Bundeskanzler  
Bundeshaus West  
3003 Bern

per Mail an:  
[recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)

Bern, 7. September 2023

## **Verordnungsänderung zur Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung: Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) nimmt dazu im Folgenden gerne Stellung.

Wie der erläuternde Bericht einleitend festhält, haben die Bundesbehörden einen bindenden Informationsauftrag – *"sie können nicht nur informieren, sie müssen sogar."* Dass dabei vornehmlich auch dort informiert werden sollte, wo die Leute am besten und am zahlreichsten erreicht werden können – und dazu gehören die sozialen Medien zweifelsohne –, liegt auf der Hand. Umso klarer muss für die sozialen Medien aber geregelt werden, wie die Behörden die auf den als zulässig definierten Kommunikationsplattformen angelegten Profile betreiben und mit den Dialogfunktionen und den zu ihren Beiträgen abgegebenen Kommentaren umgehen sollen.

Vor diesem Hintergrund **begrüssst der SGB** die durch die vorgeschlagene Ergänzung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) beabsichtigte **Regulierung und Vereinheitlichung der Kommunikationsaktivitäten der Bundesbehörden in den sozialen Medien**. Die darin für die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung gemachten Vorgaben über die Zulässigkeit eines Auftritts in den sozialen Medien sowie die Nutzung beziehungsweise Zurverfügungstellung und Sperrung der Kommentarfunktion erscheinen uns zielführend und verhältnismässig.

**Was Art. 23c Abs. 1 E-RVOV betrifft, bevorzugen wir die Variante 1:** Beiträge, die kommerzielle Werbung enthalten, sollen unterdrückt werden. Im Sinne der politischen Debattenkultur soll Gleiches jedoch nicht für Beiträge gelten, die als Werbung für politische Anliegen verstanden werden können (Variante 2). Hingegen muss unseres Erachtens die Unterdrückung von Beiträgen für sämtliche in diesem Absatz aufgeführte Kriterien eine zwingende Handlungsanleitung sein und soll nicht als optionale Möglichkeit formuliert werden. Den einleitenden Satz gilt es daher unbedingt umzuformulieren (*"Die Verwaltungseinheiten können müssen in ihren Profilen Beiträge unterdrücken, wenn: [...]"*).

Besonders unterstreichen möchten wir darüber hinaus die Bedeutung des vorgeschlagenen Art. 23a Abs. 2 E-RVOV: Es ist unseres Erachtens zwingend, dass sämtliche Informationen, die in den sozialen Medien bereitgestellt werden, immer auch über alternative Kommunikationskanäle verfügbar sind, welche integral durch die Verwaltungseinheiten kontrolliert werden und allen Personen frei zugänglich sind. Dies ist bereits heute leider nicht mehr immer der Fall und muss entsprechend baldmöglichst korrigiert werden.

Über die im Rahmen dieser Vernehmlassung vorgeschlagenen Verordnungsänderungen hinaus möchten wir an dieser Stelle auf den prinzipiell viel gewichtigeren grundsätzlichen Regulierungsbedarf für grosse Kommunikationsplattformen hinweisen. Heute sind Plattformen wie Facebook oder Twitter kaum reguliert. Die Systeme entscheiden autonom und auf völlig intransparente Art und Weise, wer welche Inhalte zu sehen bekommt und die Nutzenden haben gegenüber den Plattformen im Allgemeinen eine sehr schwache rechtliche Stellung. **Eine baldige Eröffnung der vom Bundesrat angekündigten Vernehmlassungsvorlage zur Regulierung der Kommunikationsplattformen ist daher wichtig und dringlich.**

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und danken Ihnen im Voraus herzlich.

Freundliche Grüsse

#### SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard  
Präsident



Reto Wyss  
Zentralsekretär



---

Chancellerie fédérale ChF  
Monsieur le Chancelier de la  
Confédération Walter Thurnherr  
3003 Berne

Par courrier électronique :  
[recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)

Berne, le 6 octobre 2023

**Modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration  
(utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale)**

**Réponse de l' DC Suisse la procédure de consultation**

Monsieur le Chancelier de la Confédération

Mesdames et Messieurs,

L' DC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

**L' DC Suisse salue la mise en conformité de la pratique de l'administration avec la jurisprudence. Elle demande toutefois que la mise en œuvre de l'avant-projet se fasse de la manière la plus économe et peu bureaucratique possible.**

La modification de l'OLOGA vise à créer la base légale nécessaire pour que les unités administratives puissent modérer les commentaires des utilisateurs dans les profils de l'administration fédérale dans les médias sociaux. Le projet de modification prévoit des règles pour les unités administratives de l'administration fédérale qui établissent quand une unité administrative peut gérer un profil dans les médias sociaux et activer une fonction de commentaires. Il prévoit également dans quels cas les unités administratives peuvent masquer les contributions des utilisateurs sur leurs profils et, le cas échéant, bloquer des utilisateurs.

La nécessité d'agir, aux yeux du Conseil fédéral, découle avant tout de l'atteinte aux droits fondamentaux que peut constituer la modération ou le blocage de l'accès d'un utilisateur aux profils des unités administratives. Toute restriction d'un droit fondamental doit être justifiée par un intérêt public ou par la protection d'un droit fondamental d'autrui et être proportionnée au but visé. En outre, une base légale suffisamment précise doit être prévue.

L' DC regrette qu'il ne soit pas possible de régler ce problème au niveau des départements. S'il est vrai qu'une telle exigence découle de la jurisprudence, il n'en demeure pas moins que le cas présent exemplifie parfaitement les excès de formalisme dont peut parfois souffrir notre système juridique et administratif. Toutefois, dans un esprit pragmatique, il ne semble pas possible ou recommandable de nier la nécessité d'agir découlant de la pratique des tribunaux.

L' DC Suisse se borne ainsi à plaider en faveur d'une mise en œuvre aussi légère et peu bureaucratique que possible. A ce titre, la variante 1 concernant la publicité semble plus approprié. Il serait en effet dispendieux pour l'administration de devoir, à chaque appel à voter pour tel ou tel objet, de définir s'il s'agit d'une contribution individuelle ou d'une campagne partisane.

L' DC a bien retenu l'information selon laquelle il n'y a ni conséquence pour les cantons, ni nouveaux besoins pour l'administration fédérale. Encore une fois, au niveau de la réalisation de l'aide-mémoire et des directives internes, il s'agira d'opter systématiquement pour les variantes les plus légères au vu du thème en question.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l' DC Suisse vous prie de croire, Monsieur le Chancelier de la Confédération, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

**UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE**

Le président du parti

Le secrétaire général



Marco Chiesa

Peter Keller

Conseiller aux Etats

Conseiller national

PLR.Les Libéraux-Radicaux, case postale, 3001 Berne

Chancellerie fédérale  
Palais fédéral ouest  
CH-3003 Berne

Berne, 02.10.23 / AR, MZ  
Consultation 2023/46

*Expédition électronique à :*  
[recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)

## **Modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration**

### **Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux**

Monsieur le chancelier de la Confédération,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation concernant la modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration. Vous trouverez ci-dessous notre position.

### **Considérations générales**

Le PLR salue l'orientation générale de la modification d'ordonnance. Comme le souligne le rapport explicatif du projet, le Conseil fédéral et d'administration fédérale ont un mandat d'information. La communication entre les administrations fédérales et le public doit donc être réglementée en conséquence. En raison de leur importance croissante en tant que canaux d'accès à l'information, il est également nécessaire de réglementer la communication sur les médias sociaux.

### **Précisions**

**À l'art. 23a al. 3**, le PLR propose une nouvelle formulation : devraient être réputées médias sociaux les plateformes électroniques ~~dont le but principal est de permettre~~ **qui permettent** aux utilisateurs de proposer eux-mêmes des contenus pour d'autres utilisateurs. Il est précisé dans le rapport explicatif que « les services de messagerie fermés tels que WhatsApp ou Threema ne sont pas considérés comme des médias sociaux ». Cependant, il est important de noter que ces outils, à l'instar des autres plateformes électroniques en général, évoluent constamment. Depuis fin 2022, WhatsApp a déjà lancé sa nouvelle fonctionnalité "Communautés", ce qui signifie qu'ils offrent désormais des fonctionnalités de discussion similaires à celles des médias sociaux visés par ce projet de loi. Cette reformulation viserait donc à éviter toute inégalité de traitement potentielle entre les différentes plateformes électroniques.

**À l'art. 23c al. 1 let. a**, il est nécessaire d'adopter une formulation ouverte qui permette une énumération exemplative et non exhaustive des faits, dans le but d'éviter de restreindre la capacité d'action des autorités. En effet, d'autres contributions, actuellement non incluses dans la liste existante, pourraient rapidement rendre cette liste obsolète. Par conséquent, il serait

judicieux d'envisager d'introduire un terme tel que "notamment" avant l'énumération, afin de permettre une flexibilité nécessaire pour prendre en compte les développements futurs.

**À l'art. 23c al. 1 let. a ch. 5, le PLR propose une « variante 0 ».** Les chiffres 1-4 sont suffisants. En effet, une première contribution à caractère commercial peut être utile au débat politique. Celle-ci devient problématique – et développe un caractère explicitement publicitaire – lorsqu'elle est répétée. Ainsi, les chiffres 5 et 6 peuvent être supprimés conformément à la lettre b du même article. Les contributions commerciales hors sujet, qui n'ont effectivement pas leur place dans le débat, sont visées par la même lettre.

Les plateformes de communication de l'administration fédérale doivent non seulement informer de manière neutre mais également assurer la discussion entre utilisateurs. Les contributions à caractère commercial peuvent être utiles au discours politique et introduire le débat. Réglementer les contributions sur leur caractère publicitaire pourrait par ailleurs nuire à la liberté d'expression. Il existe une large marge d'interprétation de ce qui peut être considéré comme publicitaire et les variantes proposées dans ce projet pourraient entraîner des inégalités de traitement entre les utilisateurs. De ce fait, le PLR plaide en faveur d'une réglementation plus souple dans ce domaine.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Président

Secrétaire général

Thierry Burkart  
Conseiller aux États

Jon Fanzun



**Les VERT-E-S suisses**

Bettina Beer  
Waisenhausplatz 21  
3011 Berne

bettina.beer@gruene.ch  
031 511 93 21

Chancellerie fédérale  
Palais fédéral Ouest  
3003 Berne

*par e-mail à : [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)*

Berne, le 4 octobre 2023

**Consultation sur la modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale)**

Mesdames, Messieurs,

Les VERT-E-S vous remercient d'avoir été sollicités pour la consultation sur la modification de l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (OLOGA) relative à l'utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale.

Les VERT-E-S **saluent le projet de modification de l'OLOGA** visant d'une part à uniformiser la pratique des différentes unités de l'administration fédérale en matière de modération sur ses profils dans les médias sociaux et d'autre part à créer la base légale nécessaire pour prévenir toute atteinte aux libertés d'opinion et d'information garanties par la Constitution. Nous apprécions particulièrement l'attention portée à la communication dans les trois langues officielles via les comptes sur les médias sociaux.

Concernant les deux variantes proposées à l'art. 23c, al. 1, let. a, ch. 5 : **nous privilégions la variante 2** : « contiennent de la publicité ». Les canaux de communication interactifs de l'administration fédérale doivent servir à l'échange d'opinions personnelles mais pas de plateforme de publicité au sens donné dans le rapport explicatif (p. 12) : « Par publicité, on entend les contenus, tels que des vidéos ou des annonces, reconnaissables en tant que publicité, dont la production est généralement payée ».

Nous aimerions encore attirer l'attention sur les points suivants :

- Les conditions générales des divers médias sociaux sont constamment sujettes à modification. Cela nécessite, de la part des unités administratives, un suivi attentif des changements, afin de garantir que les canaux de communication en question respectent la base légale définie dans l'OLOGA.
- La même remarque est également applicable à l'évolution technologique des plateformes en ligne. Là aussi, une veille constante sera nécessaire.

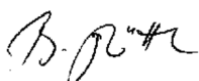


- Outre la mise à disposition d'un aide-mémoire pour la mise en oeuvre des dispositions de l'ordonnance concernant la modération des contributions des utilisateurs et utilisatrices des médias sociaux, des formations adéquates et régulières du personnel chargé de cette modération sont à prévoir.

Nous saisissons l'occasion pour signaler une erreur grammaticale dans la version en français, à l'art. 23c, al. 1, let a: « s'il existe des motifs *concrets*... »

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en compte notre prise de position.

Meilleures salutations



Balthasar Glättli  
Président



Bettina Beer  
Secrétaire politique

Herr Bundeskanzler  
Walter Thurnherr  
Bundeskanzlei  
3003 Bern  
Per Mail an: recht@bk.admin.ch

Bern, 13. September 2023

**Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung)**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, uns zum erwähnten Gesetzesentwurf zu äussern und nehmen diese gerne wahr. Der Verein eGov-Schweiz bezweckt die Förderung der Innovation im eGovernment. Die Regelung der Nutzung von digitalen Technologien durch die Verwaltung ist von grossem Interesse für unseren Verein.

Im Grundsatz begrüssen wir die Anpassung der Verordnung und die beabsichtigte Vereinheitlichung der Nutzungspraxis der sozialen Netzwerke durch die Bundesverwaltung. Ein klarer Rahmen für die Ausweitung der Kommunikation der Verwaltungseinheiten in den sozialen Netzwerken stärkt auch den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern.

Die Verordnung soll aus unserer Sicht technologieneutral sein und die freie Meinungsäusserung weitestmöglich erlauben. Beide Ziele sind in unserer Beurteilung im Verordnungsentwurf erfüllt.

Wichtig ist zudem, dass die angewendeten Kriterien klar und für die User nachvollziehbar sind. In dieser Perspektive bevorzugen wir im Art. 23c die Variante 1. Die Unterscheidung zwischen politischer und kommerzieller Werbung ist nach unserem Dafürhalten für die User eindeutig. Eine Unterscheidung von selbst redigierten Inhalten für eine politisches Anliegen und von übernommenen Kampagneninhalten erzeugt mehr Unsicherheit.

Zusammengefasst unterstützen wir die geplante Regelung und sehen den Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung in einer klaren und verständlichen Netiquette, die die Verordnungsinhalte klar verständlich zusammenfasst.

Freundliche Grüsse  
**eGov-Schweiz**



Renato Gunc  
Präsident



Christoph Beer  
Geschäftsführer

**Verein eGov-Schweiz**  
c/o mundi consulting AG  
Marktgasse 55, Postfach  
3001 Bern

Tel +41 (0)31 326 76 76  
Fax +41 (0)31 326 76 77

info@egov-schweiz.ch  
<http://www.egov-schweiz.ch>

**Von:** [Maeder Sabine](#)  
**An:** [Schmutz Marianne BK](#)  
**Betreff:** WG: Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens  
**Datum:** Donnerstag, 20. Juli 2023 14:40:01  
**Anlagen:** [image001.png](#)  
[image002.png](#)

---

Sehr geehrte Frau Schmutz

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband von economiesuisse bearbeitet wird, verzichtet der SAV auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Freundliche Grüsse  
Sabine Maeder

---

Assistentin  
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
8032 Zürich  
Tel. +41 44 421 17 17  
Direktwahl: +41 44 421 17 42  
[maeder@arbeitgeber.ch](mailto:maeder@arbeitgeber.ch)  
<http://www.arbeitgeber.ch>



---

**Von:** [Marianne.Schmutz@bk.admin.ch](mailto:Marianne.Schmutz@bk.admin.ch) <[Marianne.Schmutz@bk.admin.ch](mailto:Marianne.Schmutz@bk.admin.ch)>

**Gesendet:** Freitag, 16. Juni 2023 15:40

**An:** [staatskanzlei@sk.zh.ch](mailto:staatskanzlei@sk.zh.ch); [info.regierungsrat@be.ch](mailto:info.regierungsrat@be.ch); [staatskanzlei@lu.ch](mailto:staatskanzlei@lu.ch); [ds.la@ur.ch](mailto:ds.la@ur.ch); [stk@sz.ch](mailto:stk@sz.ch); [staatskanzlei@ow.ch](mailto:staatskanzlei@ow.ch); [staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch); [staatskanzlei@gl.ch](mailto:staatskanzlei@gl.ch); [info@zg.ch](mailto:info@zg.ch); [chancellerie@fr.ch](mailto:chancellerie@fr.ch); [kanzlei@sk.so.ch](mailto:kanzlei@sk.so.ch); [staatskanzlei@bs.ch](mailto:staatskanzlei@bs.ch); [LKA-RRBs@bl.ch](mailto:LKA-RRBs@bl.ch); [staatskanzlei@ktsh.ch](mailto:staatskanzlei@ktsh.ch); [Kantonskanzlei@ar.ch](mailto:Kantonskanzlei@ar.ch); [info@rk.ai.ch](mailto:info@rk.ai.ch); [info.sk@sg.ch](mailto:info.sk@sg.ch); [info@gr.ch](mailto:info@gr.ch); [staatskanzlei@ag.ch](mailto:staatskanzlei@ag.ch); [staatskanzlei@tg.ch](mailto:staatskanzlei@tg.ch); [can-scads@ti.ch](mailto:can-scads@ti.ch); [info.chancellerie@vd.ch](mailto:info.chancellerie@vd.ch); [Chancellerie@admin.vs.ch](mailto:Chancellerie@admin.vs.ch); [Secretariat.chancellerie@ne.ch](mailto:Secretariat.chancellerie@ne.ch); [service-adm.ce@etat.ge.ch](mailto:service-adm.ce@etat.ge.ch); [chancellerie@jura.ch](mailto:chancellerie@jura.ch); [mail@kdk.ch](mailto:mail@kdk.ch); [info@die-mitte.ch](mailto:info@die-mitte.ch); [info@edu-schweiz.ch](mailto:info@edu-schweiz.ch); [info@ensemble-a-gauche-ge.ch](mailto:info@ensemble-a-gauche-ge.ch); [vernehmlassungen@evppev.ch](mailto:vernehmlassungen@evppev.ch); [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch); [gruene@gruene.ch](mailto:gruene@gruene.ch); [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch); [lorenzo.quadri@mattino.ch](mailto:lorenzo.quadri@mattino.ch); [pdaz@pda.ch](mailto:pdaz@pda.ch); [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch); [franziska.tlach@spschweiz.ch](mailto:franziska.tlach@spschweiz.ch); [verband@chgemeinden.ch](mailto:verband@chgemeinden.ch); [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch); [info@sab.ch](mailto:info@sab.ch); [info@economiesuisse.ch](mailto:info@economiesuisse.ch); [bern@economiesuisse.ch](mailto:bern@economiesuisse.ch); [luc.schnurrenberger@economiesuisse.ch](mailto:luc.schnurrenberger@economiesuisse.ch); [info@sgv-usam.ch](mailto:info@sgv-usam.ch); Verband <[verband@arbeitgeber.ch](mailto:verband@arbeitgeber.ch)>; [info@sbv-usp.ch](mailto:info@sbv-usp.ch); [office@sba.ch](mailto:office@sba.ch); [info@sgb.ch](mailto:info@sgb.ch); [politik@kfmv.ch](mailto:politik@kfmv.ch); [info@travailsuisse.ch](mailto:info@travailsuisse.ch); [info@ssk-cce.ch](mailto:info@ssk-cce.ch); [sekretariat@sik.swiss](mailto:sekretariat@sik.swiss); [info@sajv.ch](mailto:info@sajv.ch); [info@dsj.ch](mailto:info@dsj.ch); [info@zdaarau.ch](mailto:info@zdaarau.ch); [info@avenir-suisse.ch](mailto:info@avenir-suisse.ch); [info@centrepatronal.ch](mailto:info@centrepatronal.ch); [info@swiss-cyber-experts.ch](mailto:info@swiss-cyber-experts.ch); [president@swisscyberstorm.com](mailto:president@swisscyberstorm.com); [info@egov-schweiz.ch](mailto:info@egov-schweiz.ch); [office@sgvw.ch](mailto:office@sgvw.ch); [info@asut.ch](mailto:info@asut.ch);

[info@cluisis.ch](mailto:info@cluisis.ch); [info@egovinnovation.ch](mailto:info@egovinnovation.ch); [presse@ccc-ch.ch](mailto:presse@ccc-ch.ch); [office@digitale-gesellschaft.ch](mailto:office@digitale-gesellschaft.ch);  
[info@digitalswitzerland.com](mailto:info@digitalswitzerland.com); [sekretariat@iss.ch](mailto:sekretariat@iss.ch); [info@eoperations.ch](mailto:info@eoperations.ch); [info@ech.ch](mailto:info@ech.ch); [info@fer-sr.ch](mailto:info@fer-sr.ch); [gri@gri.ch](mailto:gri@gri.ch); [info@grundrechte.ch](mailto:info@grundrechte.ch); [info@piratenpartei.ch](mailto:info@piratenpartei.ch); [contact@isoc.ch](mailto:contact@isoc.ch);  
[info@swissdataalliance.ch](mailto:info@swissdataalliance.ch); [info@ch-open.ch](mailto:info@ch-open.ch)

**Cc:** [Stephan.Brunner@bk.admin.ch](mailto:Stephan.Brunner@bk.admin.ch); [Patrick.Maegli@bk.admin.ch](mailto:Patrick.Maegli@bk.admin.ch);  
[Marianne.Schmutz@bk.admin.ch](mailto:Marianne.Schmutz@bk.admin.ch)

**Betreff:** Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2023 die BK beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (Nutzung sozialer Medien durch die Bundesverwaltung) ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis **7. Oktober 2023**.

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse:  
<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>.

Für Rückfragen und allfällige Informationen steht Ihnen Herr Patrick Mägli, Jurist im Rechtsdienst der Bundeskanzlei ([patrick.maegli@bk.admin.ch](mailto:patrick.maegli@bk.admin.ch); Tel. 058 463 13 49) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

**Stephan C. Brunner**  
Leiter Sektion Recht

Bundeskanzlei  
Sektion Recht

Bundeshaus West, 3003 Bern  
Tel. +41 58 462 41 51  
Fax +41 58 462 88 95  
[stephan.brunner@bk.admin.ch](mailto:stephan.brunner@bk.admin.ch)  
[www.bk.admin.ch](http://www.bk.admin.ch)

\*\*\*\*\*

Madame, Monsieur,

Le 16 juin 2023, le Conseil fédéral a chargé la Chancellerie fédérale de consulter les cantons, les partis politiques, les associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national, les associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national et les autres milieux intéressés sur le projet de modification de l'ordonnance du 25 novembre sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (utilisation des médias sociaux par l'administration fédérale).

Le délai imparti pour la consultation court jusqu'au **7 octobre 2023**.

Le projet et le dossier mis en consultation sont disponibles en ligne à l'adresse: Procédures de consultation en cours (admin.ch).

M. Patrick Mägli (tél. 058 463 13 49; [patrick.maegli@bk.admin.ch](mailto:patrick.maegli@bk.admin.ch)) se tient à votre disposition pour toute question ou information complémentaire.

Nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

**Stephan C. Brunner**

Chef de la section du droit

Chancellerie fédérale

Section du droit

Palais fédéral ouest, 3003 Berne

Téléphone +41 58 462 41 51

Télécopie +41 58 462 88 95

[stephan.brunner@bk.admin.ch](mailto:stephan.brunner@bk.admin.ch)

[www.bk.admin.ch](http://www.bk.admin.ch)

\*\*\*\*\*

Gentili Signore e Signori,

il 16 giugno 2023 il Consiglio federale ha incaricato la Cancelleria federale di svolgere una procedura di consultazione sulla modifica dell'ordinanza sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (Uso dei media sociali da parte dell'Amministrazione federale) presso i Cantoni, i partiti politici, le associazioni mantello nazionali dei Comuni, della città e delle regioni di montagna, le associazioni mantello dell'economia e le cerchie interessate.

La procedura di consultazione dura fino al **7 ottobre 2023**.

È possibile ottenere la documentazione relativa alla consultazione al seguente indirizzo:

<http://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>.

Per domande ed eventuali informazioni rivolgersi a Patrick Mägli, giurista della Sezione del diritto della Cancelleria federale ([patrick.maegli@bk.admin.ch](mailto:patrick.maegli@bk.admin.ch); tel. 058 463 13 49).

Distinti saluti

**Stephan C. Brunner**

Capo della Sezione del diritto

Cancelleria federale

Sezione del diritto



Palazzo federale ovest, 3003 Berna

Tel. +41 58 462 41 51

Fax +41 58 462 88 95

[stephan.brunner@bk.admin.ch](mailto:stephan.brunner@bk.admin.ch)

[www.bk.admin.ch](http://www.bk.admin.ch)